



Diana Stöcker

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreis Lörrach-Müllheim

Bundesministerium für Gesundheit
Herrn Bundesminister
Prof. Dr. Karl Lauterbach
Rochusstraße 1
53123 Bonn

Christina Stumpp

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreis Waiblingen

Berlin, 13.10.2022

Akute Notlage der Kliniken: *Jetzt* ist der richtige Zeitpunkt zur Entlastung

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

aufgrund der immer dringlicher werdenden finanziellen Lage der kommunalen Kliniken wenden wir uns heute mit diesem Schreiben an Sie mit der nachdrücklichen Bitte, die Kliniken nicht länger mit Ankündigungen zu vertrösten, sondern schnellstmöglich konkrete Entlastungsmaßnahmen umzusetzen.

Als Bundestagsabgeordnete aus Baden-Württemberg können wir mit Überzeugung sagen: Baden-Württemberg verfügt heute über hocheffiziente Krankenhausstrukturen. Bei guter Versorgungsqualität hatten wir nachweislich der aktuellsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2020 mit 488 Betten je 100.000 Einwohner die niedrigste Bettendichte im Bundesgebiet (Bundesdurchschnitt 2020: 587). Gleichzeitig betragen nach dem Krankenhaus-Rating-Report 2021 die Krankenhauskosten im Land 1.039 Euro je Einwohner und Jahr, während sie im Bundesdurchschnitt bei 1.185 Euro je Einwohner und Jahr lagen. Das ist neben der Leis-

Deutscher Bundestag | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

Christina Stumpp | Tel: +49 30 227-74622 | E-Mail: christina.stumpp@bundestag.de | www.christina-stumpp.de/
Diana Stöcker | Tel: +49 30 227-71624 | E-Mail: diana.stoecker@bundestag.de | www.diana-stoecker.de

tungsfähigkeit der Krankenhäuser auch der Leistungsfähigkeit des ambulanten Bereichs geschuldet. Es belegt eindrücklich, dass wir in Baden-Württemberg bereits unsere Hausaufgaben gemacht und die Weichen richtig gestellt haben. In diesem Kontext müssen die akuten Notlagen unserer Kliniken betrachtet werden:

Wie Ihnen bekannt ist, haben die kommunalen Kliniken – im Wahlkreis Waiblingen sind das insbesondere die Rems-Murr-Kliniken Winnenden und im Wahlkreis Lörrach-Müllheim sind das die Kliniken des Landkreises Lörrach – massiv mit zwei Effekten zu kämpfen: Erstens den Auswirkungen der Corona-Pandemie, sprich weniger Einnahmen aufgrund zurückgehaltener Behandlungen, sowie zweitens massiv steigende Kosten. In den Rems-Murr-Kliniken erleben wir eine durchschnittliche Kostensteigerung von elf Prozent, während sich alleine die Energiekosten verdreifacht haben. Im Landkreis Lörrach ist das geplante gesundheitspolitische Leuchtturmprojekt „Zentralklinikum Lörrach 2025“ besonders betroffen: Die Kosten für das sich im Bau befindende neue Zentralklinikum steigen inflationsbedingt von 395 Millionen auf ca. 415 Millionen. Die Inbetriebnahme wird sich leider um sechs Monate verschieben.

Nur dank des großen Engagements der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnte bisher die Gesundheitsversorgung im Rems-Murr-Kreis und im Landkreis Lörrach zu jeder Zeit leistungsfähig gehalten werden. Diese Anstrengungen haben jedoch psychische Spuren beim Pflegepersonal hinterlassen. Die Bonuszahlung hat aufgrund des begrenzten Empfängerkreises zusätzlich Unfrieden in die Belegschaft getrieben. Für die Versorgung von Corona-Patienten sind nicht nur Pflegefachkräfte nötig, sondern viele Unterstützungsdienste, wie z.B. medizinisch-technische Assistenten der Radiologie, Reinigungskräfte mit Einsatz auf Station oder Transportdienste – auch sie haben sehr viel geleistet. Die gut gemeinte, aber unausgewogene Bonus-Regelung hat zu Enttäuschung, Frustration und in einigen Fällen zu einem Ausstieg aus dem Beruf geführt, wodurch die ohnehin prekäre Lage noch zusätzlich verschärft wurde.

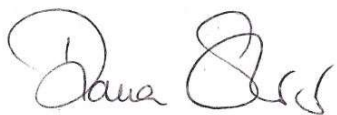
Summa summarum ist festzuhalten: Die Bedrohungslage durch Inflation, massiv steigende Energiekosten, Personalmangel und wieder vermehrt auftretende Corona bedingte Personalausfälle ist akut und bringt auch jene Häuser, die ihre Hausaufgaben vorbildlich gemacht haben, an den Rand der Leistungsfähigkeit.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, Sie haben in der Regierungsbefragung im Deutschen Bundestag am 12. Oktober wiederholt angekündigt, dass Sie sich des Problems bewusst sind und Entlastungen für die Kliniken umsetzen möchten. Auf Nachfrage der Abgeordneten haben Sie geantwortet, dass Sie das „rechtzeitig machen“ werden.

Wir möchten betonen: Der richtige und rechtzeitige Zeitpunkt ist **JETZT!** Wenn Sie nicht JETZT endlich ein schlüssiges Konzept für eine auskömmliche Finanzierung der Kliniken und des Klinikalltags vorlegen, werden wir einen kalten Strukturwandel in Deutschland erleben.

Wir appellieren daher an Sie: Legen Sie schnellstmöglich ein konkretes Maßnahmenpaket vor, das einen Inflationsausgleich für die Kliniken, eine Absicherung gegen Corona bedingte Erlösausfälle und inflationsbedingte Mehrkosten sowie eine Perspektive für eine stabile Finanzierung 2023 umfasst.

Mit freundlichen Grüßen



Diana Stöcker MdB



Christina Stumpp MdB